



SITZUNGSVORLAGE

Thema: Aquakultur im Bodensee

Frühere Beratungen: ./.

Anlagen: Stellungnahme Landesregierung

Sachvortrag : Zeitdauer (ca.): Min.

Beschlussvorschlag: Der Antrag wird abgelehnt.

Gremium	Zuständigkeit	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
Kreistag	Beschluss	19.07.2017	öffentlich

Finanzielle Auswirkungen (mit der Kämmerei abzustimmen!): ja nein

Aufwendungen/Auszahlungen

Ergebniswirksam: <input type="checkbox"/>		Investiv: <input type="checkbox"/>	
Einmaliger Aufwand	_____ Euro	Einmalige Auszahlung	_____ Euro
Jährlicher Aufwand	_____ Euro	Jährliche Auszahlungen	_____ Euro
Gesamtbetrag	_____ Euro	Gesamtbetrag	_____ Euro
Aufwand 1. Jahr	_____ Euro	Auszahlung 1. Jahr	_____ Euro
Aufwand 2. Jahr	_____ Euro	Auszahlung 2. Jahr	_____ Euro
Aufwand 3. Jahr	_____ Euro	Auszahlung 3. Jahr	_____ Euro
Aufwand 4. Jahr	_____ Euro	Auszahlung 4. Jahr	_____ Euro
		Jährliche Abschreibung	_____ Euro

Erträge/Einzahlungen

Ergebniswirksam: <input type="checkbox"/>		Investiv: <input type="checkbox"/>	
Einmaliger Ertrag	_____ Euro	Einmalige Einzahlungen	_____ Euro
Jährliche Erträge	_____ Euro	Jährliche Einzahlungen	_____ Euro
Gesamtbetrag	_____ Euro	Gesamtbetrag	_____ Euro
Ertrag 1. Jahr	_____ Euro	Einzahlung 1. Jahr	_____ Euro
Ertrag 2. Jahr	_____ Euro	Einzahlung 2. Jahr	_____ Euro
Ertrag 3. Jahr	_____ Euro	Einzahlung 3. Jahr	_____ Euro
Ertrag 4. Jahr	_____ Euro	Einzahlung 4. Jahr	_____ Euro
		Jährliche Auflösung	_____ Euro

Mittelbereitstellung im Haushalt:

Ergebnishaushalt: **Investitionshaushalt:**

Produkt: _____ Investitions-Nr. _____

Kostenstelle: _____

Sachkonto: _____

Zur Verfügung stehende Mittel: _____ Euro

ggf. noch bereit zu stellen: _____ Euro

Deckungsvorschlag:

Ergebnishaushalt: **Investitionshaushalt:**

Produkt: _____ Investitions-Nr. _____

Kostenstelle: _____

Sachkonto: _____

Medien: PowerPoint pdf-Datei CD/DVD Stick

Sofern Präsentationen erforderlich werden, teilen Sie dies der Geschäftsstelle Kreistag bitte spätestens einen Arbeitstag vor der jeweiligen Sitzung mit.

Elektronisch mitgezeichnet von:

<input checked="" type="checkbox"/> Landrat	<input type="checkbox"/> Dezernat 1	<input type="checkbox"/> Dezernat 2
<input type="checkbox"/> Dezernat 3	<input type="checkbox"/> Dezernat 4	<input type="checkbox"/>

Ausgangslage:

Berufs- und Freizeitfischer am Bodensee beklagen die seit Jahren zurückgehenden Fangmengen an Fisch im See. Sie fordern, den Nährstoffgehalt im See zu erhöhen, etwa durch eine Reduzierung der Phosphatfällung in den Kläranlagen. Soweit ersichtlich ist, lehnen alle maßgeblichen wissenschaftlichen und politischen Stellen sowie Verwaltungsbehörden diesen Vorschlag ab, im Wesentlichen weil

- die einfache Gleichung mehr Phosphat = mehr Fisch so nicht stimmt, weil der See ein kompliziertes Ökosystem ist und die Entwicklung verschiedener Fischarten und deren Häufigkeit von einer Vielzahl von Parametern abhängt, etwa dem Sauerstoffgehalt, der Wassertemperatur, der Wasserumwälzung im See, dem Fischbesatz (Stichling) etc.
- der derzeitige Nährstoffgehalt im See dem eines voralpinen Gewässers entspricht und deswegen nicht erhöht werden darf, wobei der Bodensee aufgrund des Hauptzuflusses an Wasser (Rhein, Bregenzer Aach) von Fachleuten als alpines Gewässer eingestuft wird. Wird dem Rechnung getragen, wäre der Nährstoffgehalt noch deutlich zu hoch
- eine bewusste Erhöhung des Nährstoffgehalts europarechtlichen, nationalen und Landesgesetzen sowie allen internationalen Vereinbarungen der Bodenseeanrainerstaaten widerspricht
- Milliardeninvestitionen der letzten Jahrzehnte im Einzugsgebiet des Bodensees zum Teil ad absurdum geführt werden
- die „künstliche Verschmutzung“ des Sees eine Gefahr für den Tourismus darstellt.

Dennoch ist festzustellen, dass der Rückgang der Fangmengen vor allem für die Berufsfischer eine existenzielle Frage ist. Um dem Rechnung zu tragen, hat das Ministerium für Ländlichen Raum (MLR) vorgeschlagen, Fische in Aquakultur im See zu züchten. Das bedeutet, dass Fische in einem Netzgehege versuchsweise erprobt werden. Während einige Fischer in einem solchen Versuch durchaus eine Chance sehen, lehnen die Berufsverbände der Fischer diesen Vorschlag ab. Er wird auch von vielen Fachleuten vor allem aus Umweltgründen kritisch gesehen.

2. Sachverhalt:

Herr Kreisrat Zeller hat für die SPD-Kreistagsfraktion mit E-Mail vom 18. Juni 2017 beantragt, eine Expertenanhörung zu diesem Thema im Kreistag durchzuführen. Diese sollte auf eine Dauer von 45 Minuten begrenzt werden, eine Diskussion sollte im Kreistag nicht stattfinden. Herr Kreisrat Dr. Wetzel hat am 6. Juli mündlich mitgeteilt, dass die FDP-Fraktion den Antrag der SPD unterstütze. Nachdem bekannt wurde, dass Herr Landtagsabgeordneter Hahn am 10. Juli genau eine solche Anhörung in seiner Funktion als Abgeordneter durchführt – und dafür eine ganze Abendveranstaltung vorgesehen ist -, haben die Fraktionsvorsitzenden von CDU, FWV und Grünen signalisiert, dass aus ihrer Sicht eine solche Anhörung im Kreistag nicht erforderlich sei. Die SPD-Fraktion hat jedoch auf ihren Antrag bestanden. Nachdem der Kreisverwaltung signalisiert wurde, dass ein Antrag auf Nichtbefassung gem. § 7 der Geschäftsordnung des Kreistags gestellt werde, hat die Verwaltung davon abgesehen, die von der SPD geforderten Experten zur Sitzung einzuladen und legt die Frage, ob eine solche Anhörung im Kreistag durchgeführt werden soll, dem Gremium vor.

Die SPD-Landtagsfraktion hat zum Thema eine umfassende Anfrage im Landtag von Baden-Württemberg gestellt. Die Landesregierung hat auf diese Anfrage am 9. Juni 2017 geantwortet. Die Antwort ist als Anlage beigefügt. Aus der Antwort der Landesregierung ergibt sich,

- dass es eine Fülle ungeklärter limnologischer, biologischer, umweltrelevanter und juristischer Fragen zu klären gilt
- dass eine große Zahl von Institutionen rings um den Bodensee sich mit dem Thema fachlich beschäftigt
- dass es ein groß angelegtes Dialogforum der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) mit Beteiligung aller Betroffenen gibt.

Angesichts dieser Tatsachen ist für die Kreisverwaltung beim besten Willen nicht erkennbar, welchen Mehrwert eine Anhörung im Kreistag erbringen soll. Hinzu kommt, dass der Kreistag keinerlei Entscheidungskompetenz in dieser Sache hat. Selbst wenn es zu einer Erprobung der Aquakultur kommen und das Landratsamt dann in irgendeiner Form beteiligt werden sollte – was bisher überhaupt nicht der Fall ist -, wäre dies eine Angelegenheit der Umwelt- und Wasser-, ggf. auch der Landwirtschaftsbehörde und damit im Zuständigkeitsbereich als unterer staatlicher Verwaltungsbehörde.

Aus all diesen Gründen schlägt die Verwaltung vor, den Antrag der SPD abzulehnen.

3. Finanzielle Auswirkungen:

keine